

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto:
Gebr. Henrich, Dresden
und Cöhl. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Frachtgeld mit den wöchentlichen Beilagen
„Das Volk“ und „Brot und Butter“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.

Schreibleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261, Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10,
Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile
30 Pf., die 30 mm breite Reklamazeile 1,50 M., für ausserordentliche An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche
40 Proz. Rabatt. Für Dreifachbelegung 10 Pf.

Nr. 180

Dresden, Mittwoch den 5. August 1925

36. Jahrg.

Die Jagd nach der Beute

Ueberstürzung!

Die Hast herrscht im Reichstage. Sie soll bis zur Ueberstürzung gesteigert werden. Der Aeltestenrat des Reichstages setzte am Dienstag das Programm für die nächsten Tage wie folgt fest: Am Mittwoch soll versucht werden, die zweite Lesung der Steuerentwürfe zu beenden. Am Donnerstag Vormittag soll den Fraktionen zur hastigen Berberatung über die Zollvorlage freigelassen werden. Am Donnerstag nachmittag soll die Interpellation der Deutschnationalen über Schneidemühl besprochen werden, falls die Regierung an diesem Tage zur Beantwortung bereit ist. Für Freitag ist schon die dritte Lesung der Steuerentwürfe vorgesehen. Man hofft, daß sie endgültig erledigt werde, so daß am Sonnabend gleich die zweite Lesung der Zollvorlage beendet werden soll. Vollkommen ungewiß ist jedoch, wann die dritte Lesung erfolgen kann. Eine Sonntagsitzung ist vorläufig noch nicht in Aussicht genommen.

Den Gewaltstreik gefordert!

D. Berlin, 5. August. (Eigener Funkspruch.) Auch in diesen heutigen Morgenausgaben kann die Reichspresse ihren Beitrag über die andauernde sachliche Kritik der Sozialdemokratie an der Gesetzesmacherlei der deutschnationalen Reichsregierung und ihrer Parteien nicht verbergen. Es geht den Herrschaften im Reichstag zu langsam voran. Die Kreuzzeitung ruft in breiter Ueberschrift aus: „Wo bleibt die Energie der Mehrheit?“ und verlangt den Gewaltstreik der Regierungsparteien, den diese noch immer nicht vorzunehmen wagen.

Ein schmutziger Schacher

Es ist unter der Regierung Luther üblich geworden, daß beinahe alle wichtigen politischen Entscheidungen außerhalb des Parlaments hinter den Kulissen abgemacht werden. Das liegt ein neuer bemerkenswerter Fall dieser Geheimpolitik vor. Wie man erfährt, hat die Wirtschaftspartei nur unter der Bedingung für die Erhöhung der Biersteuer gestimmt, daß die Reichsregierung unter keinen Umständen eine Gesetzesvorlage zugunsten der Gemeindefestimmungsrechte macht. Dieses Gemeindefestimmungsrecht, das den Einwohnern jeder Gemeinde das Recht zugestehen will, selbst zu entscheiden, in welchem Maße Schankkonzessionen erteilt und Alkoholverbände herabgesetzt und gehandelt werden dürfen, wird von dem Alkoholkapital sehr gefährdet. Ein Teil der bürgerlichen Parteien stand unter dem Eindruck, daß infolge der lebhaften alkoholgegnerischen Agitation das Gemeindefestimmungsrecht im Reichstag zum Gesetz erhoben werden würde. Nun vertritt man, das dadurch zu verhindern, daß die Reichsregierung das erwähnte politische Geschäft mit der Wirtschaftspartei abgeschlossen hat.

Nur uns ist diese Frage vor allem aus einem Gesichtspunkte heraus von Wichtigkeit. Die Reichsregierung und die hinter ihr stehenden Parteien ergehen sich immer wieder in allerschweren großen Predigten über die Notwendigkeit der Wirtschaftspartei und der Milderung der altpreußischen Sparfamkeit. Wenn es aber um die Erledigung der von dieser Reichsregierung vorgelegenen Steuerentwürfe geht, schließt sie jedes Geschäft ab, auch wenn es einen noch so unfaulenden und zweifelhaften Eindruck macht. Und nun muß man fragen, was die Kräfte der beiden Konfessionen, was die gesamte bürgerliche Jugendbewegung und nicht zuletzt die Sozialdemokraten, die in den letzten Wochen des Reichstages mit Einverständnis zugunsten der Gemeindefestimmungsrechte bombardiert haben, zu diesem Kompromiß sagen werden. Es läuft darauf hinaus, daß zugunsten der Fällung der Steuerentwürfe und zur Sicherung des Profits des Alkoholkapitals auch fernab von der Verbesserung der Gemeinden das Recht vorzuziehen werden soll, über den Alkoholisismus zu entscheiden. Zu verschachtelt man Volksinteressen!

Der Kampf zwischen Reich und Ländern

D. Berlin, 5. August. (Eig. Funkspruch.) Der Reichstag soll heute nach den Beschlüssen des Aeltestenrates die dritte Lesung der Steuerentwürfe beenden. Vorerst aber wird er sich noch mit dem Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden zu beschäftigen haben. Auch dieses Gesetz ist eine ganze Arbeit, sondern immer nur Stückwerk vor den Reichstag gebracht hat, in seinem Inhalt noch nicht endgültig fertig. Heute noch bestehen die seit Monaten vorherrschenden Gegensätze zwischen Reichsregierung und Ländern fort. Sie beruhen vor allem auf der Ueberversteuerung Widerstand leisten, die die Reichsregierung unter dem Druck der Kapitalisten vornehmen will. Zunächst plante die Regierung, von der Einkommen- und Körperschaftsteuer 75 Proz. und der Umsatzsteuer 20 Proz. von den Ländern zu übernehmen. Die Landesregierungen aber wollten von der ersten Steuer 90 Proz. und von der Umsatzsteuer 30 Proz., während der Steueransatz beschloß, den von der Einkommensteuer 75 Proz. und von der Umsatzsteuer 35 Proz. zur Verfügung zu stellen. Auch dieser Beschluß befriedigt die Länder nicht. Ins-

besondere herrscht in Bayern große Enttäuschung über die Absicht des Reiches, den Landesregierungen eine selbständige Steuerquelle zu nehmen. In den anderen Landesanteilen ist man mit der Höhe der geplanten Ueberweisungen unzufrieden, weil man eine Anspannung der Hauszinstener und Gewerbesteuer vermeiden will. Die Regierungsparteien des Reichstages haben inzwischen versucht, den Landesregierungen ein weiteres Entgegenkommen zu zeigen. In dem Kompromißentwurf wird den Ländern aus der Ueberweisungsteuer ein Betrag von insgesamt 2100 Millionen Steuerausgleiches zu erwarten wäre, garantiert. Aber auch dieser Vorschlag wird von den Landesregierungen als ungenügend bezeichnet, ohne daß bisher eine Einigung über die endgültige Gestaltung des Finanzausgleichs möglich gewesen wäre. Infolgedessen ist anzunehmen, daß in den heutigen Debatten des Plenums die Ländervertreter eingreifen.

Die Sozialdemokratie wird bei diesen Auseinandersetzungen weder den Standpunkt der Reichsregierung noch den der Länder teilen können. Die partikularistische Neigung der Länder lehnt sie mit aller Entschiedenheit ab. Ebenso entschieden aber bekämpft sie die Absicht, Länder und Gemeinden in ihrer finanziellen Bewegungsfreiheit so zu beschränken, daß sie entweder die Mehrwertsteuer stark anspannen oder kulturelle und soziale Ausgaben abbauen müssen.

Ein Experiment zur Brotpreishöhung

Aus Berlin wird uns berichtet: Die Reichsregierung trägt sich mit der Absicht, die Ausführverbote für Getreide und Mehl im Laufe der nächsten Woche aufzuheben. Sie will diesen Schritt unabhängig von der Annahme der Zollvorlage machen, d. h. die Aufhebung wird auch in Kraft treten, wenn sich der Reichstag verlagen sollte, ohne die Zollvorlage erledigt zu haben.

Dieser Plan der Regierung muß überraschen. Allerdings rechnet man damit, daß mit der Annahme der Zollvorlage die Ausführverbote fallen. Für Getreide und Mehl wäre aber nach der Auffassung der Fachleute immerhin eine Ausnahme zu machen, da die deutsche Getreidebilanz den freien Export vorläufig noch nicht verträgt. Die Regierung aber hat es gerade mit der Aufhebung des Exportverbotes für Getreide und Mehl fürchtbar eilig. Als sie im vorigen Jahre unter dem Druck der Agrarier einen ähnlichen Schritt machte, stiegen befanntlich die Getreidepreise um 50 bis 70 Prozent über den Friedensstand. Es scheint, daß man jetzt ähnliche Experimente plant.

Kursstürze

Sollen die Waren billiger werden?

An der Berliner Börse traten am Dienstag ganz erhebliche Kursstürze ein, die für verschiedene Märkte ungefähr 6 bis 8 Proz. betragen. Die Kursstürzung kann unmöglich wie bisher aus dem Treiben der Waisenspekulation erklärt werden. Es ist vielmehr anzunehmen, daß die deutschen Großbanken, nachdem sie lange damit gedroht haben, zu Exekutionen schreiten. Dieses Vorgehen, das gewissermaßen einer Kreditrestriktion gleichkommt, könnte für unter Wirtschaftslieferung von großer Bedeutung werden, da unlegbar die Produktion und auch der Handel auf großen Warenvorräten feststehen und lieber stilllegen, als die Waren zu einem annehmbaren Preis loszuschlagen. Außerdem wird in informierten Kreisen besapelt, daß das Ausland mit starken Verkäufen am Markte ist.

Die Verhandlungen Briand-Chamberlain verschoben

P. Paris, 5. August. (Eigener Funkspruch.) Nach Meldungen aus englischer Quelle soll Briand, entgegen dem Dienstag vom französischen Auswärtigen Amt verbreiteten Dementi, tatsächlich die Absicht gehabt haben, schon am Mittwoch zu einer persönlichen Aussprache mit Chamberlain nach London zu kommen, diese Reise aber auf ausdrücklichen Wunsch des englischen Außenministers verschoben haben. Briand habe am Montag telefonisch anfragen lassen, ob Chamberlain in dieser Woche zwei Tage zu einer Aussprache über die Sicherheitsfrage Zeit hätte. Der englische Außenminister habe jedoch teils aus persönlichen, teils aus sachlichen Gründen Briand um Aufschub seiner Reise gebeten, unter Hinweis auf die am Donnerstag im Unterhaus stattfindende Debatte.

Die Einigung in Aussicht

P. Paris, 4. August. (Eig. Draht.) Von den Pariser zuständigen Stellen wird weiter erklärt, daß der auf diplomatischem Wege geführte Gebotenaustausch über die jüngste deutsche Note betreffende Fortschritte made und eine endgültige Einigung über die französische Antwort an Deutschland in etwa acht bis zehn Tagen erwartet läßt. Wie wir darüber hinaus erfahren, wird zwischen den alliierten Kabinetten gleichzeitig bereits über die endgültige Form des abzufühlenden Garantievertrages verhandelt. Die englische Regierung hat schon vor einiger Zeit in Paris und Brüssel einen Vertragsentwurf unterbreitet, der vom französischen Auswärtigen Amt mit einem Gegenentwurf beantwortet worden ist. Beide Entwürfe zusammen bilden die Grundlage der jetzigen Besprechungen.

Zwei Fronten

Schwere Kämpfe erschüttern die deutsche Wirtschaft. Aus dem Auslande werden gewaltige Lohnkämpfe gemeldet. In allen Ländern rüstet das Unternehmertum gegen die Arbeiterschaft. Nicht nur der Lohn wird herabgesetzt, die Arbeitszeit verlängert, sondern es werden auch Gesetzesvorlagen in den Parlamenten eingebracht, deren Verwirklichung die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung maßlos verteuern, es wird Sturm geläutet gegen die Organisationen der Arbeiterschaft. Die Unternehmer kämpfen nicht mehr allein gegen die Lohnforderungen der Arbeiter, sondern sie nehmen den Kampf gegen die Gewerkschaften als Organisationen auf. Die deutsche Wirtschaft ist in Gefahr, sie befindet sich in bitterster Not, nur eine zehnstündige Arbeitszeit und eine Lohnreduzierung kann noch die deutsche Wirtschaft retten. So rauscht es im Blätterwald der Unternehmer. Alle Unternehmer in Deutschland fühlen sich solidarisch in ihrem Kampfe gegen die um ihre Existenz kämpfende Arbeiterschaft, sie lehnen jede Angleichung an die verteuerte Lebenshaltung rücksichtslos ab, sie beantworten die Forderungen der Arbeiter mit Aussperrungen, sie belassen es nicht nur bei Aussperrungen, sondern sie bringen sogar die Vergewaltigung unter Wasser sie legen die Betriebe still und werfen tagtäglich Hunderte, Tausende von Arbeitern auf die Straße. Die Not der deutschen Wirtschaft soll auf Kosten einer hungernden Arbeiterschaft behoben werden, die letzte Arbeitsstunde dreht man aus den Arbeitern heraus, den letzten Krumen Brot verteuert man ihnen und verkürzt den Hungerlohn auf ein Mindestmaß, auf das der Arbeiter an den Maschinen zusammenbrechen, auf daß er vom Fabriksoal auf den Friedhof gebracht werden kann. Deutsche Unternehmer retten so die deutsche Wirtschaft, indem sie die Produzenten und Konsumenten verhungern lassen.

Seit Wochen wütet schon der Kampf im Baugewerbe. Die Unternehmer drohen mit Gesamtaussperrung, 350 000 Bauarbeiter könnten dadurch das bittere Brot des Hungers essen, sie mühten sich auf weitere Wochen des Kampfes einstellen, sie mühten den letzten Blutstropfen ab, um den Anschlag der Unternehmer gegen ihre Gewerkschaften abzuwehren. Der brutale Kampf der Unternehmer gegen die Arbeiterschaft zeigt sich gerade in diesen Bauarbeiterkämpfen; es ist nicht nur die Abwehr scheinbar unredlicher Lohnforderungen, sondern es ist ein Angriff auf die Geschlossenheit der Baugewerkschaft. Keine Verhandlungen konnten bis jetzt zu einem Ergebnis gelangen, die Bauherren wollen den Kampf bis zum Weißbluten der Gewerkschaften führen, sie wollen die Bauarbeiterschaft am Boden liegen sehen, um dann zu diktieren. Sie rechnen auf die erschöpften Kräfte, sie rechnen mit dem zusammenbrechenden Kampfeswillen der Bauarbeiter. Sie werden sich aber verrechnen, denn gewaltig flammt der Kampfeswille auf, und kein Bauarbeiter, kein Zimmerer nehmen die Kelle und den Sommer in die Hand, bevor der Kampf zugunsten der Arbeiterschaft ausgekämpft ist. Auch hier wird für die Erhaltung des Arbeitens und der Lebenshaltung entrichtet, für eine Löhnung, die der Vertauung der Lebenshaltung entspricht, für ausreichende Ferien. Es sind alles selbstverständliche Forderungen, um die schon wochenlang gekämpft werden muß. Wie wichtig die baldige Beendigung dieses Kampfes ist, wird jeder bei Betrachtung unseres großen Wohnungsleides einsehen. Aber die Unternehmer lassen lieber die Wohnungsverbauung sein, als daß sie menschenwürdige Forderungen der Arbeiter bewilligen. Die Arbeiterschaft soll opfern, sie soll auf ihre Forderungen verzichten, dann kann wieder weitergebaut werden, die Unternehmer haben nur über die Not der deutschen Wirtschaft zu klagen, über die unverschämten Arbeiterforderungen zu schimpfen, und die Öffentlichkeit stimmt ihnen schon in der Beurteilung der wahren Ursachen des Bauarbeiterkampfes zu. So glauben wenigstens die Unternehmer.

In verschiedenen Gegenden Deutschlands werden die Vergarbeiter aus ihren Gruben herangezogen, ausgesperrt, oder mit Reduzierung ihres Lohnes und Herabsetzung ihrer Arbeitszeit bedroht. Der sächsische Bergbau hatte schwere Kämpfe zu ertragen, im Ruhrbergbau stehen etwa 50 000 Vergarbeiter brotlos auf der Straße. Die Kohlenbarone legen ihre Betriebe still, ohne Rücksicht auf die notleidende Bevölkerung, ohne Rücksicht auf die notleidenden Gemeinden. Eine letzte Meldung besagt, daß einzelne Gemeinden ihren Gehaltsverpflichtungen gegenüber ihren Beamten nicht mehr nachkommen konnten. Alles Folgen der rigorosen Jechenstilllegungen. Man will die Arbeitszeitverlängerung erzwingen, man will Profite auf Kosten der ausgehungerten Arbeiterschaft noch erhöhen, man will die scheinbare Not der Industrie nur mit erhöhter Arbeitsintensität statt mit technischen Verbesserungen beseitigen. Bis jetzt haben die Regierungen oder deren Vertreter noch keine Maßnahmen getroffen, um die Rechte der Arbeiterschaft zu schützen, im Gegenteil, alle Schlichter fällen Schiedsprüche, die eine Arbeiterorganisation niemals annehmen kann. Im Saarbergbau haben die Vergleute den einstimmig beschlossenen Streik wieder beendet, trotzdem die Forderungen nicht restlos erfüllt worden sind, aber nur die Verantwortlichkeit gegenüber der Gesamtwirtschaft hat die Arbeiterschaft zur Annahme des Schiedspruches veranlaßt. Wo gibt es ein Unternehmertum, das einmal seine eigenen Interessen zurückstellen könnte, um die Interessen der Gesamtwirtschaft zu vertreten? Die